

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Bund der Antifaschisten

Landesverband Brandenburg

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des Landesverbandes Brandenburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten vom 11.11.2023

Der Landesverband Brandenburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten greift gemeinsam unter der Losung *Keine Faschisten in die Parlamente* in die Wahlkämpfe 2024 in Brandenburg ein, um zu verhindern, dass Faschisten und Faschistinnen in die Parlamente gelangen oder gar parlamentarische Mehrheiten erlangen.

In Absprache mit dem Bundesverband sowie weiteren antifaschistischen Organisationen aus Brandenburg startet der Landesverband am 79. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, am 27.01.2024, die Kampagne *Keine Faschisten* in die Parlamente.

Die Landtagswahl am 22. September sollte in der Kampagne den größten Platz einnehmen. In Absprache mit weiteren antifaschistischen Akteuren in Brandenburg sollten auch einzelne Kommunalwahlen, Wahlen zu den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Wahlen von Landrätinnen und Landräten im Land Brandenburg im Jahr 2024 thematisiert werden.

Für den Auftakt wird eine Pressekonferenz am historischen Ort der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens einberufen.

Im Vorfeld wird der Dezember 2023 genutzt, um Partnerinnen und Partner für die Kampagne zu finden.

Als VVN BdA sollten wir in enger Absprache mit dem Bundesverband sowie antifaschistischen Organisationen aus Brandenburg an gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure herantreten, die mit uns im genannten Kampagnenziel übereinstimmen.

Für die Kampagne wird geeignetes vorhandenes Aufklärungsmaterial genutzt und eigenes erarbeitet. Verschiedene erprobte Formate der Öffentlichkeitsarbeit sollten Anwendung finden.

Zur Finanzierung werden Landesmittel genutzt und zusätzliche Mittel eingeworben.

BEGRÜNDUNG:

Antrag des Kreisvorstandes Landkreis Dahme-Spreewald an die Landesdelegiertenversammlung des Landesverbandes Brandenburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten am 11.11.2023 in Königs Wusterhausen

Am 22. September 2024 findet die Landtagswahl in Brandenburg statt.

Weltweit und auch in Europa ist es zu einer Anhäufung und Zuspitzung von Konflikten gekommen, die ungelöst sind. So haben zum Beispiel Kriege, ökologische Katastrophen, das Ende von Ressourcen, Verteilungskämpfe um Land, Wasser, Rohstoffe, das Streben nach Maximalprofiten auch im Land Brandenburg zu starken sozialen Bedrohungen und schon eingetretenen Folgen geführt. Soziale Ängste, Angst vor Krieg und sozialem Abstieg haben zur Suche nach Ursachen und Sündenböcken geführt, die sich etwa in Feindseligkeiten gegen Geflüchtete entladen oder zu chauvinistischer Rückbesinnung führen. Darauf aufbauende Handlungen breiten sich im öffentlichen Raum, zum Beispiel in Erholungs- und Bildungseinrichtungen, aus. Auf die komplexen Probleme der Gegenwart vermag die AfD einfache Antworten zu geben und sie in immer stärkere Wahlerfolge umzumünzen. Dabei wird sie selbst immer mehr zu einem offen faschistischen Akteur. Durch die Gefahr, dass Faschisten an die Macht kommen oder zumindest erheblichen parlamentarischen Einfluss gewinnen, ergibt sich für die VVN-BdA die Notwendigkeit, in die Wahlkämpfe aktiv einzugreifen.

Dies bedeutet, wir müssen die Losung **Keine Faschisten in die Parlamente** zeitnah und auf populäre Weise in die Öffentlichkeit bringen. Das bedeutet auch, Bündnispartnerinnen und -partner, wie Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Parteien und charismatische Einzelpersonlichkeiten, für die Kampagne **Keine Faschisten in die Parlamente** zu gewinnen.